



ETAT 2023

Rede von Bürgermeister Oliver Kellner

Rat 29.09.2022

Dank an die gesamte Verwaltung für die sehr gute Zusammenarbeit bei der Aufstellung dieses Etats, besonderes an Jutta Schriewer und Dirk Magnus bei der Aufarbeitung der Ergebnisse.

- 23,1 Mio. Euro

Die Kämmerin hat die Zahl letzte Woche schon genannt, aber daran gewöhnen konnte ich mich immer noch nicht.

Minus 23,1 Mio. Euro nach Coronaisolierung – das ist eine heftige Zahl.

Auch ich als BM muss immer noch schlucken, hatte ich doch bis zum Schluss gehofft, dass sie deutlich geringer ausfällt.

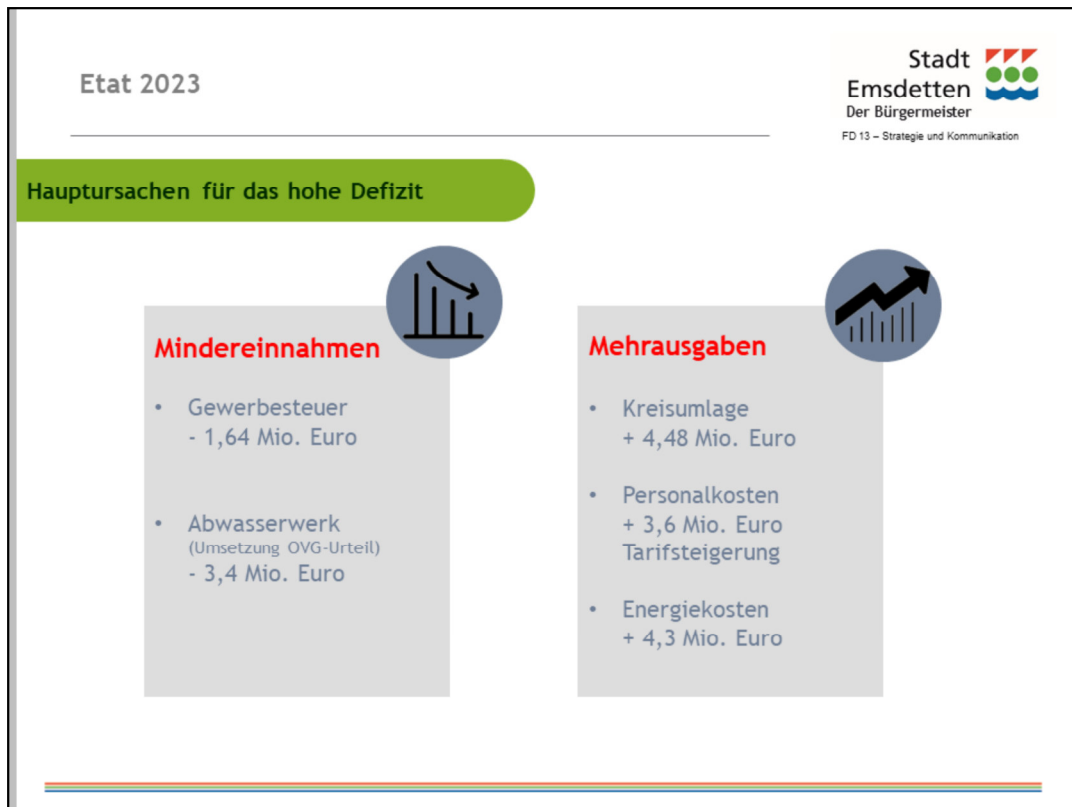
Und es hilft auch nichts, dass es allen Kommunen derzeit so geht.

Und das liegt auch den dramatisch gestiegenen Umlagen:

- LWL braucht rund 400 Mio. Euro mehr, dadurch Mehrbelastung Kreis knapp 23 Mio. Euro, Hebesatz steigt dadurch deutlich, umgerechnet in Grundsteuer B wären das 193% oder 212,50€ pro HH im Durchschnitt
- Diese Mehrbelastung gibt der Kreis 1:1 an uns Kommunen weiter, greift nicht in die Ausgleichsrücklage und isoliert mal wieder die Coronafolgen nicht
- Das aber wird uns Kommunen abverlangt, verkehrte Welt, ich kann nur hoffen, dass sich der Kreis eines Besseren besinnt und alles in seiner Macht stehende dafür tut, uns so wenig wie möglich zu belasten
- Setze da auf ein Einsehen die Kreispolitik, Gespräche sind anberaumt
- durch steigende Standards (an einige hohe Standards haben wir uns alle inzwischen gewöhnt) und Vorgaben, gesetzlich oder selbst vorgegeben, die nicht ausreichend gegenfinanziert sind

Einmal mehr: wenn wir die Standards nicht einmal überprüfen, braucht es Geld, und das ist in jedem Fall unser Geld

Entweder Gelder der Kommunen durch Grund- und Gewerbesteuern
Oder bei Bundes- und Landesmitteln Einkommens- und Umsatzsteuer

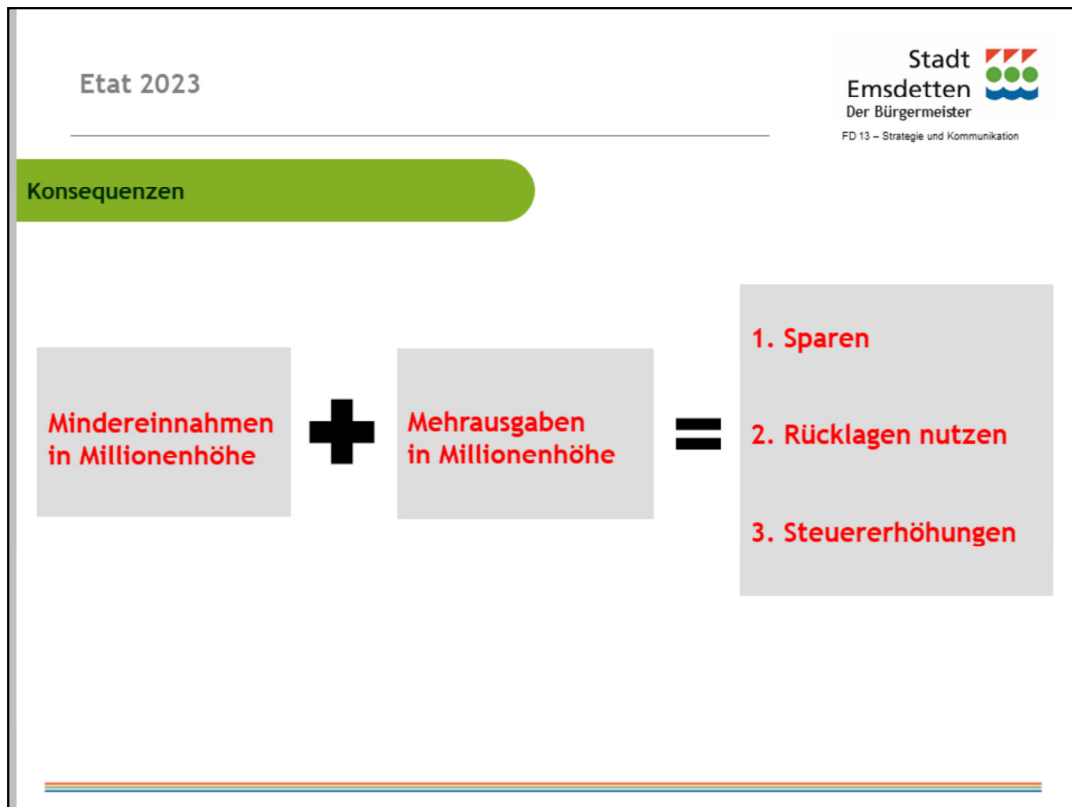


Großes Defizit, auch in den kommenden Jahren

- Erhebliche Investitionen (Umsetzung politisch beschlossener Maßnahmen und Strategien wie bspw. Kultur und Sport, Mobilität, Digitalisierung, Bildungsinfrastruktur...)
- Mindereinnahmen (Schlüsselzuweisungen, Gewerbesteuer...)
- Mehrausgaben (Kreisumlage, auch getrieben durch LWL...)

Gefahr einer weltweiten Rezession, hauptsächlich getrieben durch die Energiekrise und damit einhergehenden Preissteigerungen, nicht so im Fokus: Energiekrise und Null-Covid-Strategie in China: sehr wasserstoffbasiert, viele Kraftwerke laufen derzeit nicht wegen der Dürre, Folge könnte aufgrund unserer Abhängigkeit zu China ein Lieferkettenproblem sein, verstärkt durch die Null-Covid-Strategie und den dortigen strengen Lock-Downs Gefahr weiterer Gewerbesteuerabsetzungen steigt.

Und auch bei unseren Unternehmen belasten die Energiekosten die Ergebnisse und damit die Gewerbesteuerzahlungen.



Sowohl Mindereinnahmen als auch Mehrausgaben sind nicht Einmal-Effekte sondern dauerhafte Entwicklungen.

Insgesamt auch für uns eine sehr herausfordernde Situation

- Inflation trifft auch uns mit großer Wucht, im Baubereich enorme Verteuerungen, die jenseits der Inflationsrate liegen, so dass Planansätze z.T. deutlich überschritten werden
- Energiekosten für den Betrieb von Schulen, Kitas, Turnhallen und öffentlichen Gebäuden schlagen massiv durch
- Ebenso bei den Beziehern von Sozialleistungen

Bei alledem brauchen wir noch finanzielle Mittel für die großen Transformationsprojekte:

Klimaveränderung (Schutz und Anpassung), Mobilitätswende, Digitalisierung oder offener Ganztag, um nur einige zu nennen.

Was heißt das

- Sparen
 - Unterhaltungsmaßnahmen hinterfragt
 - IT-Investitionen geschoben
 - Ansätze tlw. pauschal reduziert
- Rücklagen
 - Ausgleichsrücklage wird im Laufe 2025 aufgebraucht
 - Allgemeine Rücklage wird in 2025 und 2026 reduziert



Natürlich haben wir bereits intern den Rotstift angesetzt und erste Einsparungen vorgenommen – bisher jedoch nur bei uns intern, noch nicht bei freiwilligen Zuschüssen oder bei Standards von Angeboten.

Zum Beispiel: Nicht alle wünschenswerten Unterhaltungsmaßnahmen wurden berücksichtigt, auch nicht alle wünschenswerten IT-Anschaffungen.

Und wir haben auch pauschale Kürzungen bei allgemeinen Ausgaben vorgenommen.

Aber nur internes Sparen reicht nicht.

Bevor wir jedoch Zuschüsse an Vereine etc. kürzen, werden wir erstmal unser Ersparnes aufbrauchen, was der Kreis im übrigen ausdrücklich (noch) nicht tun will, weil wir ja keine Krise haben.

Dazu haben wir den Landrat aber ausdrücklich in unserer Stellungnahme aufgefordert, ein Gespräch mit den Fraktionsspitzen im Kreis und einigen HVB steht an, an diesem werde auch ich teilnehmen.

D.h. wir gehen massiv an unsere Reserven! Für Notzeiten haben wir Rücklagen gebildet, die nutzen wir jetzt!

Was heißt das

- Erhöhung der Grundsteuer B von 443% auf 493% (fiktiver Hebesatz)
Damit immer noch deutlich unter Kreisdurchschnitt!

Grundsteuer A von 251% auf 254%
- Kein Vorschlag für Erhöhung Gewerbesteuer



Trotz interner Sparmaßnahmen und Rücklagen werden wir Stand heute die Rücklagen aufbrauchen, daher kommen wir bei den erheblichen Ausgabesteigerungen und Einnahmeausfällen nicht um Steuererhöhungen herum. Natürlich fällt es mir als BM nicht leicht, Ihnen Steuererhöhungen vorzuschlagen. Aber ich habe eine Verantwortung für diese Stadt und auch für die Finanzen dieser Stadt und ohne Steuererhöhungen kommen wir nicht aus.

Die Steuererhöhung rettet uns jedoch nicht langfristig. Aber sie verschafft 1 Jahr Luft, in welchem wir intensiv Sparmaßnahmen diskutieren und umsetzen können. Sollten wir dies nicht tun, sind wir in 2024 im HSK – und dann stehen ALLE freiwilligen Leistungen und Angebote auf dem Prüfstand bzw. vor dem Rotstift.

Zumindest wenn sich die allgemeine Situation und Rahmenbedingungen nicht ändern. Sollte es für die Kommunen doch noch Unterstützung durch Bund, Land oder Kreis geben, bestünde wieder mehr Hoffnung.

Mit Blick auf die jetzige Lage und die Fakten, die uns vorliegen, schlage ich deswegen vor, die Grundsteuer auf den fiktiven Hebesatz zu erhöhen. Damit stehen wir kreisweit im Vergleich immer noch sehr gut da.

Den Hebesatz für die Gewerbesteuer würde ich gerne beibehalten und im nächsten Jahr sehen, wie die Unternehmen die Energiekrise überleben. Funktionierende Unternehmen bedeuten ja nicht nur Gewerbesteuereinnahmen sondern auch Arbeitsplätze.

Dennoch gute Nachrichten

- für Bürger und für Unternehmen

trotz Erhöhung Grundsteuer **kleine Entlastung** durch Umsetzung des OVG-Urteils Abwasser:

Ø **Mehrbelastung** Grundsteuer für Musterhaushalt ca. **50 Euro pro Jahr**

Ø **Minderbelastung** Abwasser für Musterhaushalt ca. **70 Euro pro Jahr**

- für die Politik

- **Keine** Genehmigungspflicht für Etat 2023

- Rücklage reicht (**sehr knapp**) bis 2025

⇒ **trotz schwieriger Lage noch Gestaltung der Zukunft möglich!!!**

Das Gute dabei:

- Trotz Grundsteuererhöhungen würden wir die Emsdettener durch die Reduzierung der Abwassergebühren immer noch etwas entlasten
- Auch wenn wir sehr knapp am HSK vorbei schrappen, wir schrappen dran vorbei und sind (erstmal) nicht drin.
- D.h. wir können uns noch etwas Handlungsspielraum bewahren!
- Und den wollen wir gerne gemeinsam mit Ihnen für einige Investitionen in die Zukunft nutzen.



Klares Bekenntnis zu Investitionen

Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur

Für unsere Kinder wollen wir die bestmögliche Erziehung und Bildung. Damit alle Kinder möglichst gleiche Chancen im Leben haben.

Schulen: 5,67 Mio. € (i.W. Wilhelmschule, Planung KvG, Naturwissenschaftstrakt Gymnasium)

Kitas: 2,29 Mio. €

Wir alle möchten, dass die Emsdetterinnen und Emsdettener gerne in Emsdetten wohnen und leben und sich hier wohlfühlen und auch stolz auf ihre Stadt sind

Investitionen in **Sport, Kultur und Freizeit** stehen für Lebensqualität

Hof Deitmar:

Maßnahme Innenstadt 19 (Parkanlage): 470 Tsd. € (und 1,79 Mio. € als VE für 2024) und

Maßnahme Innenstadt 20 (barrierefreie Erschließung Hof Deitmar und Stroetmanns (Planung)): 140 Tsd. €

Stroetmanns: 3,73 Mio. € (und 1,75 Mio. € als VE für 2024)

Erster Bauabschnitt EMS-HALLE: 1,7 Mio. €

Und natürlich bin ich für Anpassungsinvestitionen **Klimaveränderung, sowie Investitionen in Klimaschutz und Mobilität**

hierbei geht es mir natürlich um den Klimawandel, aber auch um Unabhängigkeit

Wir müssen unabhängiger werden – unabhängiger von fossilen Energien, diese Investitionen

rentieren sich eher langfristig, aber sie rentieren sich
Photovoltaikanlagen: 486 Tsd. €

Radverkehr 1: 30 Tsd. € (Planung Radverkehrsanlage Grünring, Westring, Droste-
Hülshoff-Allee) und Radabstellanlage Bahnhof

Fahrradstraßen Goldbergweg und Blumenstraße: 328 Tsd. € (Markierung und
Beschilderung)

E-Autos BBH: 345 Tsd. € (7 Fahrzeuge)

Straßenbeleuchtung: 185 Tsd. € (Hinweis: Energiekosten 2023: 654 Tsd. €, 2022:
218 Tsd. €, Verdreifachung!)

Bäume 300 Tsd.€

und zusätzlich, nicht in dieser Summe enthalten: Investitionen in regenerativen
Energien bei Neubau/ Ertüchtigung städtischer Gebäude

ABER

- Generelles Motto:
 1. Pflicht vor Kür
 2. Investitionen möglichst nur mit Förderung
- UND: Selbst mit Förderungen sind alle Investitionen kreditfinanziert!
- Weitere Projekte und Maßnahmen nur bei Streichung anderer
 - ⇒ sowohl wegen Finanzierung, als auch wegen Personalressourcen

- Verweis auf Jutta Schriewer: alle Investitionen sind kreditfinanziert!
- Zukünftig Hinweis auf Folgekosten in den Beschlussvorlagen
- Wir werden mehr denn je bei Investitionen auf Fördergelder angewiesen sein
- Interne Anweisung an Jutta Schriewer: freiwilliges HSK ab Januar 2023 vorbereiten
- Wir profitieren von den letzten guten Jahren, insbesondere von 2021
- Es zeigt sich, dass es gut war, gemeinsam Vorsorge und Vorkehrungen getroffen zu haben
- Wir setzen das OVG-Urteil Abwassergebühren um und entlasten damit unsere Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft

Personal am Limit



Ein paar Worte zum Thema Personal

Ja, die Personalkosten steigen, dies ist jedoch hauptsächlich auf Tarifierhöhungen von ca. 4 Prozent zurück zu führen

Und ja, wir wollen auch Stellen aufstocken, aber hierzu muss ich Ihnen sagen:

- Vierte Krise in Folge, die fünfte Krise mit dem HSK droht, erschwerend: nicht nacheinander, sondern alle gleichzeitig mit gegenseitigen Verstärkungen.
- Akkus meiner Mitarbeitenden sind leer, allein mit dem Pflichtprogramm inkl. der politisch beschlossenen Maßnahmen und Projekte sind wir mehr als ausgelastet.
- Ich habe es meinen MA natürlich schon gesagt, will es aber hier auch tun: Ich bin meinen MA dankbar für Ihren Einsatz in diesen Zeiten, wir hätten die Herausforderungen. Ohne deren enorme Kraftanstrengungen nicht so gut bewältigt, und darauf bin stolz.
- Gleichzeitig kommen neue Aufgaben hinzu bzw. deuten sich an (Wohngeld, Umsetzung verschiedenster Konzepte...)
- Als BM trage ich Verantwortung für meine MA, daher sind nach intensiver Abwägung mit diesem Entwurf entsprechende Vorkehrungen getroffen worden
- Auch werden wir zusätzliche Ausbildungsplätze anbieten und einen Vertretungs-/Springerpool einrichten
- Gleichzeitig haben wir fachdienst- und budgetübergreifend Streichungen vorgenommen und wie gesagt eingespart, dass ist der Beitrag der Verwaltung und jedes einzelnen

Mitarbeitenden zu diesem Etatentwurf in dieser herausfordernden Zeit

Fazit

- Schwierige Zeiten
- Kürprogramm wird es für einige Jahre so nicht mehr geben können
- Dennoch haben wir etwas Spielraum

Die Zukunft ist ungewiss.

Das Kürprogramm geht nicht immer, wir müssen zunächst unser Pflichtprogramm stemmen.

Noch haben wir etwas Spielraum – nicht so viel wie gewohnt, aber immerhin etwas.

Abschließend wie im vergangenen Jahr bei der Etateinbringung:

Die Zeiten sind schwierig, dennoch müssen wir die Zukunft gestalten. Das gilt mehr denn je, erfordert kluge und mutige Strategien und Entscheidungen.

Fazit

- Schwierige Zeiten
- Kürprogramm wird es für einige Jahre so nicht mehr geben können
- Dennoch haben wir etwas Spielraum
- Nutzen wir diesen GEMEINSAM!

